K·I·V UG

DAS MAGAZIN DER KONSEQUENTEN INTERESSENVERTRETUNG
02/2018

THEMEN IM FEBRUAR

Gesundheit: Was wollen Kurz und Strache?

Krank in die Arbeit: Ein Teufelskreis

Lucia Schwarz/freepik/geralt

Regierungsprogramm: Gesundheit – ein Überblick

WAS WOLLEN KURZ UND STRACHE?

Die Sicherung und der weitere Ausbau unseres hochwertigen Gesundheitssystems erfordert Initiativen, die die Bedürfnisse der Patientinnen und Patienten, die Qualität der Versorgung, sowie die Effizienz und Effektivität der Verwaltung in den Mittelpunkt stellen. Die Regierung will für alle Bürgerinnen und Bürger einen niederschwelligen Zugang zu bestmöglicher medizinischer Versorgung sicherstellen und

- einen besonderen Fokus auf Gesundheitsförderung und Prävention legen,
- die Stärkung des Hausarztes und der Gesundheitsversorgung vor Ort erreichen,
- die Einführung von Landarzt-Stipendien forcieren,
- Verbesserung der Rahmenbedingungen einführen, um Wartezeiten auf Operationen, Behandlungen und Untersuchungen transparent zu machen und zu reduzieren
- die nachhaltige Reduktion der Sozialversicherungsträger auf maximal 5 Träger durchführen,
- die Bekämpfung von Sozialmissbrauch im Gesundheitswesen forcieren.

Schwerpunkt Finanzen:

„Viele Steuern – weniger Leistung – mehr Eigenvorsorge"

Die Stadt wächst jährlich um ca. 30.000 BürgerInnen und die Gesellschaft darf sich einer höheren Lebenserwartung erfreuen. Diese zwei Parameter werden nicht ausreichend in der angedachten Finanzierung berücksichtigt. Zum einem, weil sich ergebende Kosten gerne unter „Soziales" finden, zum anderen, weil die Politik vermehrt auf **zukünftige Eigenvorsorge** setzt. Ob das nun die Harmonisierungsgedanken im Zuge der Diskussionen um die Zusammenlegung der Krankenkassen sind, oder die Bestrebungen, **mehr Selbstbehalte** in der Gesundheitsversorgung einzuführen. Besonders in Wien wackeln die Finanzen des KAV durch das Krankenhaus Nord. Die Kosten steigen mindestens so schnell, wie die Inbetriebnahme in weite Ferne rückt. Da das Projekt „Spitalskonzept 2030" aber schon seit Jahren umgesetzt wird und die Umstrukturierungen ungebremst laufen, **bedarf es weiterer erhöhter Bundeszuschüsse**. Denn ansonsten wird auch weiterhin beim Personal, der Qualität und bei der Versorgungsdichte gespart.

Schwerpunkt Personal:

„Vom Traumberuf zum Alltagshorror"

Seit Jahren verdichtet sich die Arbeitsbelastung der MitarbeiterInnen im KAV, als auch in Spitälern privater Träger. Die Mehrkosten der neuen Arbeitszeitmodelle werden oftmals mit der sich nach unten verringernden MitarbeiterInnenanzahl kompensiert bzw. durch den Einsatz von Assistenzkräften. Die neuen Ausbildungen sollen auch den zunehmenden Fachkräftemangel ausgleichen. **Die Verweildauer im „Wunschberuf" wird unter den vorherrschenden Alltagserschwernissen immer kürzer. Stress, andauernde Personalunterbesetzungen, unzureichende Krankenstands- und Urlaubsvertretung und zunehmende Gewalt am Arbeitsplatz sind keine positiven Voraussetzungen für ein gestaltbares und erfüllendes Berufsleben.** Die MitarbeiterInnen sind selbst nach Urlauben nach kürzester Zeit ausgelaugt und scheitern, selbst mit den besten Vorsätzen, am System. Manchmal geht die zerstörerische Kraft am Arbeitsplatz so weit, dass Selbstbeschädigung oder Suizid Platz und Raum beim Denken bekommen.

Lucia Schwarz/pressfoto/freepik

Lucia Schwarz/freepik

Schwerpunkt KAV:

„HUSCH – PFUSCH", SCHLUSS DAMIT!

Aus der Vergangenheit betrachtet, ist der Wiener Krankenanstaltenverbund ein Selbstverwirklichungsklub für alltagsferne Führungskräfte, selbstdarstellende und machtgeile PolitikerInnen und gierige Beratungsfirmen. Mit der neuen Stadträtin Frauenberger versucht Wien, neue, reflektiertere Wege zu gehen. Ob das im Zusammenhang mit dem Neukonzept der betrieblichen Ausrichtung klappen wird, kann nur die Zukunft zeigen. Momentan hat es den Anschein, als würde hinter verschlossenen Türen getüftelt und gedacht. Alle MitarbeiterInnen des KAV wurden eingeladen, Verbesserungsvorschläge abzugeben. Jedenfalls haben die Stadtregierung und die SteuerzahlerInnen noch viel Freude mit dem Krankenhaus Nord zu erwarten. Ein wirkliches Bauende und eine Inbetriebnahme ist nicht in Sicht, die Kosten steigen mehr oder weniger wöchentlich, Personal befindet sich auf Abruf in anderen Häusern oder muss erst aufgenommen werden und geplante Schwerpunktmedizin wird von anderen Häusern übernommen. **Unterm Strich wird all dies also auf dem Rücken der MitarbeiterInnen ausgetragen. Und damit drehen sich auch die Unzufriedenheitsspirale und die steigende Gewaltbereitschaft der PatientInnen und deren Angehörigen weiter.**

Aufgaben der Dienstgeberin und der Politik:

GEMEINSAM FÜR UNS ALLE!

Dienstgeberin und Politik sind zwei Säulen, die einen Schulterschluss zeigen müssen, indem transparent kommuniziert wird, was unser Kranken- und Vorsorgewesen kann und was es dazu braucht. Den schönen Schein nach außen hin weiterhin tragen und nach innen die MitarbeiterInnen über alle Maße in eine Pflicht nehmen, welche auch immer, bringt uns und die PatientInnen keinen Schritt weiter. **Es ist Zeit, die Lage und die Forderungen anzusprechen, die nachhaltige und gute Gesundheitsversorgung braucht.** Die neue Bundesregierung kann und darf sich nicht aus der Verantwortung stehlen und diese nur den Ländern zuweisen. Möglicherweise hat unsere Stadträtin, Sandra Frauenberger, auch weiterhin den Mut, offen Problemfelder anzusprechen. **Erst wenn ich Schwachstellen erkenne, kann ich diesen entgegenwirken. Und das Wissen um notwendige Veränderungen ist bei den MitarbeiterInnen in den Spitälern und Ambulanzen überall abrufbar.** Die Politik wird nur mit Beraterfirmen nicht weiterkommen – es braucht das Wissen und die Erfahrungen von den Menschen, die täglich vor Ort ihre Arbeit einbringen. Gebt uns endlich die Rahmenbedingungen, dass wir unsere Arbeit tun können!

Aufgaben der Personalvertretung und der Gewerkschaft:

NICHT WEGSCHAUEN ODER ZUSTIMMEN, SONDERN WACHSAM SEIN UND HANDELN!

Die Interessenvertretungen müssen ihre Reihen schließen und vor, aber auch hinter den MitarbeiterInnen stehen. Es müssen noch deutlichere Worte gefunden werden, um Klarheit über die Notwendigkeiten zu transportieren. **Die MitarbeiterInnen jammern nicht auf hohem Niveau, sondern fordern für die PatientInnen die Rahmenbedingungen ein, um zukunftsorientierte Gesundheitsversorgung leisten zu können.** Die Bundesregierung, als auch die Stadt Wien, will gut ausgebildete Menschen am Arbeitsmarkt haben – egal in welcher Sparte – verdammt noch mal, dann ermöglicht uns, unsere Arbeit zu tun. Wir können medizinische und pflegerische Versorgung für die Bevölkerung gewährleisten und haben großes Potential und Ausdauer.

Investiert endlich dort, wo es notwendig ist. Nicht in Versprechen auf Foldern und Plakaten, sondern vor Ort für die PatientInnen und für die MitarbeiterInnen, die ihr Bestes für die Zukunft der Gesundheitsversorgung in dieser Republik geben!

KRANK IN DIE ARBEIT

– ein Teufelskreis!

Lucia Schwarz/ topntp26 /freepik/ evening_tao

Tausende Bedienstete der Stadt Wien hat dieser Tage wieder eine Grippewelle erfasst. Leider schleppt sich fast jede/r dritte Mitarbeiter/in krank an die Dienststelle. Damit wird der Arbeitsplatz zur Virenfalle. Erkrankte stecken wieder Andere an – ein Teufelskreis.

Neben der drohenden Verschlimmerung einer Krankheit, weil mensch auf die Erholung und Genesung verzichtet, und der Ansteckungsgefahr für die Kollegen/innen, steigt das Unfall- und Fehlerrisiko und sinkt die Leistungsfähigkeit.

Aus den Daten des Arbeitsgesundheitsmonitors (Studie AK Oberösterreich) gehen die Gründe dafür hervor, warum krank in die Arbeit gegangen wird:

- Pflichtgefühl gegenüber den Kolleginnen und Kollegen (60 Prozent),
- keine Vertretung, die die Arbeit erledigen könnte (37 Prozent),
- Arbeit bleibt liegen (32 Prozent) und
- Angst vor Konsequenzen (16 Prozent).

In vielen Fällen hat das schlimme Folgen: 55 Prozent derer, die nicht das Bett gehütet haben, klagen darüber, dass sie sich müde und abgeschlagen fühlen. 44 Prozent sagen, dass sie deswegen länger krank waren. Fast ebenso viele meinen, bei der Arbeit unkonzentriert zu sein. 29 Prozent hatten einen Rückfall und jede/r Fünfte hatte später stärkere gesundheitliche Probleme.

Wenn, direkt oder indirekt, Druck auf kranke Mitarbeiter/innen ausgeübt wird, ist das der falsche Weg. Die Dienstgeberin sollte stattdessen ihre Fürsorgepflicht wahr- und ernst nehmen. Dazu gehört auch ausreichendes Personal bei und in den Einrichtungen der Stadt Wien.

Mehr dazu: https://ooe.arbeiterkammer.at/service/presse/presseaussendungen/Virenfalle_Arbeitsplatz.html

Konsequente Interessenvertretung ÖGB – younion_Die Daseinsgewerkschaft, BetriebsrätInnen, Personalvertretung, Behindertenvertrauenspersonen.
Blumauergasse 22/3, 1020 Wien, Telefon (01) 4000 838 67, Fax (01) 4000 838 77

Alle namentlich nicht gekennzeichneten Artikel wurden vom Redaktionsteam unter der Leitung von Martina Petzl-Bastecky erstellt. Layout und Gestaltung Lucia Schwarz.

HILF UNS KOSTEN SPAREN:

Abonniere das KIV-Magazin jetzt elektronisch unter kiv@kiv.at oder über unsere Homepage. :o)

www.kiv.at www.facebook.com/KIV.UG twitter.com/KIV_UG https://www.instagram.com/kiv_ug

Liebe/r BriefträgerIn: Bei Unzustellbarkeit Retouren bitte an Postfach 100, 1350 Wien. Danke.

IMPRESSUM
Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: ÖGB/younion _ Die Daseinsgewerkschaft, Maria Theresienstraße 11, 1090 Wien.
Redaktion, Vertrieb: KIV – Konsequente Interessenvertretung, Blumauergasse 22/3, 1020 Wien, Telefon: (+43 1) 4000/ 838 67, Fax: (+43 1) 4000/ 838 77, kiv@kiv.at; www.kiv.at
KIV-Magazin 02/2018 • Erscheinungsort Wien • P.b.b. 02Z031874 (KIV-Magazin) • ÖGB-Verlag, Johann Böhm Platz 1, 1020 Wien • Retouren an PF 100 1350 Wien
Kd-Nr.: 0021000056 • ZVR-Nummer: 576439352